

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 36

vom 19. September 2014
Redaktion: Katja Richardt

Soziales

Senatskommission beschließt Sofortprogramm	2
Anhang: Zahlen, Daten, Fakten	4
Einstimmiger Beschluss im Bundesrat: Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften wird erleichtert	6

Schule, Jugend und Berufsbildung

111. Grundschulmensa eingeweiht.....	7
Zuwächse bei Pflege- und Erziehungsberufen.....	10

Stadtentwicklung und Umwelt

„Die Hauswende“ in Hamburg	13
Senat beschließt Innenstadtkonzept.....	15
Kiebitzmoor in Volksdorf wird Naturdenkmal.....	16
Erhalt der Backsteinstadt Hamburg	17

Wissenschaft und Forschung

Strategische Perspektiven der Hamburgischen Hochschulen	19
---------------------------------------------------------------	----

Kultur

Ausschreibungsstart für die Hamburger Arbeitsstipendien für bildende Kunst 2015	20
Stärkung und Unterstützung der Hamburger Kreativwirtschaft	21
Musikwirtschaft initiiert Musikmarktstudie	23

Zur Information

Terminkalender	26
----------------------	----

18. September 2014/basfi18

Senatskommission beschließt Sofortprogramm

Beschleunigung von Verfahren bei Flüchtlingsunterbringung

Die steigende Zahl von in Hamburg verbleibenden Flüchtlingen ist eine Herausforderung für die Zentrale Erstaufnahme und die öffentliche Unterbringung in der Stadt. Die Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau hat nun ein Bündel an Maßnahmen beschlossen, die den bislang nicht gedeckten Bedarf von rund 1.500 Plätzen in Einrichtungen der Zentralen Erstaufnahme (ZEA) und der öffentlichen Unterbringung bis zum Jahresende 2014 decken sollen.

„Unser Ziel ist es, eine Unterbringung in Zelten zu vermeiden und die Zentrale Erstaufnahme so zu entlasten, dass Zelte abgebaut werden können. Wir müssen jetzt handeln, damit wir den hier ankommenden Flüchtlingen ein festes Dach über den Kopf bieten können“, sagt **Senator Detlef Scheele**.

Die Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau hat unter Anwendung von § 3 SOG die kurzfristige Einrichtungen von fünf Notunterkünften im Rahmen der Zentralen Erstaufnahme beschlossen, weitere zwei Notunterkünfte sollen nach Abschluss von Planungen bis zum Jahresende zur Verfügung stehen (Anhang 1, Kategorie 1).

Des Weiteren wurden Maßnahmen zur Erweiterung der öffentlich rechtlichen Unterbringung beschlossen, die nach den erforderlichen Bau- und Umbaumaßnahmen in Betrieb genommen werden, ohne dass zuvor ein Baugenehmigungsverfahren nach der HBauO oder ein Anhörungsverfahren nach § 28 BezVG durchgeführt wird (Anhang 1, Kategorie 2). Hierzu zählen auch zwei Liegeplätze im Harburger Binnenhafen, für die ein Wohnschiff sowie Pontons mit Wohncontainern in Frage kommen. Darüber hinaus soll am bereits geplanten Standort der Schule Kurdamm das ehemalige Schulgebäude binnen weniger Tage provisorisch genutzt werden, bis die dort auf dem Freigelände geplanten Modulbauten fertiggestellt sind und ein Umzug stattfinden kann. Auch hier kommt § 3 SOG zur Anwendung.

Außerdem wurden für insgesamt 14 bereits geplante Standorte der öffentlich rechtlichen Unterbringung beschleunigte Verfahren beschlossen (Anhang 1, Kategorie 3). Hierzu wurde verabredet, dass die Bezirke die Baugenehmigungsanträge für diese Vorhaben mit höchster Priorität bearbeiten und alle im Verfahren zu beteiligenden Stellen der FHH ihre Stellungnahmen in kürzester Frist abgeben.

„Wir alle sind Diskussionen und Beteiligungsverfahren gewohnt, in denen sich viel Zeit für die eigene Meinungsbildung genommen wird. Ich bitte die Hamburgerinnen und Hamburger um Verständnis, dass wir diesem eigenen Anspruch nun vorübergehend nicht folgen können. Die Welt dreht sich

schneller und die Verwaltung muss Schritt halten, damit wir Menschen auf der Flucht helfen können“, so **Senator Detlef Scheele**.

Neues Info-Portal im Internet

Alle Informationen rund um die Unterbringung, Betreuung und Beratung von Flüchtlingen stehen der Öffentlichkeit in Kürze unter der Internetadresse www.hamburg.de/fluechtlinge zur Verfügung. Die laufend aktualisierte Seite beinhaltet neben Grundsatzinformationen auch die bereits bestehenden und sich in Planung befindlichen Unterkünfte, sowie die Maßnahmen im Rahmen des Sofortprogramms.

Anhang 1 Maßnahmenliste

Anhang 2 Zahlen, Daten, Fakten

Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Marcel Schweitzer | Pressesprecher

Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg

Tel.: +49 40 42863 2889 | M +49 160 88 12 567

marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi | [@hh_basfi](https://www.instagram.com/hh_basfi)

Anhang 2 zur PM der BASFI vom 18.09.2014

Zahlen, Daten, Fakten

Anstieg der Zuwanderung

Jahr	Meldung als Asylsuchende (vor Verteilung)	davon Verbleib in Hamburg	darunter mit Unterbringungs- bedarf
2013	7.833	3.619	3.010
2012	5.022	2.091	1.559
2011	3.791	1.546	931
2010	3.574	1.378	878
2009	1.971	770	363
<i>Quelle: PM der BIS vom 25.02.2014</i>			

Im ersten Halbjahr 2014 hat Hamburg bereits 2.297 Asylbewerber aufgenommen. Eine lineare Hochrechnung der voraussichtlichen Antragszahlen bis zum Ende des Jahres 2014 führt zu rund 5.400 Antragstellern.

Bei der Bedarfsplanung ist die FHH auf die Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angewiesen. Die Prognose des BAMF wurde in 2014 bereits drei Mal nach oben korrigiert.

Ausbau der öffentlichen Unterbringung

Der Senat reagierte bereits 2012 mit einem Ausbau der öffentlichen Unterbringung in Hamburg. Bis September 2014 wurden rund 2.600 neue Plätze für Asylbewerber/innen und wohnungslose Menschen geschaffen. Bis zum Jahresende kommen weitere 690 Plätze hinzu. Für das Jahr 2015 bestehen bereits Planungen für 2.814 Plätze.

Gegenwärtig gibt es 69 Standorte der öffentlichen Unterbringung in Hamburg. Sie werden von fördern und wohnen AöR betrieben.

Die Planungen zur Inbetriebnahme neuer Unterkünfte können wegen zahlreicher Prüfungsverfahren und Beteiligungsprozesse mit der Dynamik der Zugangszahlen nicht Schritt halten. Zur Abwehr von drohender unfreiwilliger Obdachlosigkeit müssen deshalb Maßnahmen ergriffen werden, die unter Anwendung von § 3 SOG bevorstehende Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abwehren.

Ungedeckte Bedarfe in der öffentlichen Unterbringung

Im August 2014 wurden zu den regulären 974 Plätzen insgesamt zusätzlich 1.126 Personen im Rahmen von Notmaßnahmen in der ZEA untergebracht, darunter rund 330 Personen in Zelten. Die Folgeunterbringung bestand aus 10.444 Plätzen. Bis zum Jahresende werden die Kapazitäten um weitere 1.026 Plätze ausgebaut (336 in ZEA, 690 in Folgeunterbringung). Gleichwohl sorgen die prognostizierten Zugänge für einen ungedeckten Bedarf in Höhe von rund 1.500 Plätzen.

Freiwilliges Engagement

Derzeit engagieren sich rund 430 Freiwillige in den Unterkünften. Zu den Angeboten der Freiwilligen zählen u.a: Hausaufgaben- oder Nachhilfe, Spiel-, Sport- oder Kreativangebote, Theater- und Musikprojekte, Ausflüge, Sprachkurse, Patenschaften, Frauengruppen, Mutter-Kind-Gruppen, Begleitung zu Ämtern, Verpflegungsangebote, Verteilung von Lebensmittelspenden, Kleiderkammern.

Die überwiegende Zahl der Freiwilligen engagiert sich regelmäßig einmal wöchentlich für ca. zwei Stunden. Das Engagement ist häufig regional gebunden, d.h. die Freiwilligen leben auch in dem Stadtteil, in dem sie sich engagieren. Es sind alle Altersgruppen vertreten.

Fördern und wohnen AöR unterstützt u.a. mit Fortbildungsangeboten, Fahrtkostenerstattung und Versicherungsschutz. Die Hamburgische Bürgerschaft hat zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements vor kurzem 400.000 Euro in 2014 zur Verfügung gestellt.

Ausgaben der Stadt Hamburg für Flüchtlinge

Hamburg stellt in 2014 rund 300 Mio. Euro für die Unterbringung, Verpflegung, Betreuung und Beratung von Flüchtlingen zur Verfügung. Hierzu zählen:

Leistung / Maßnahme	Gesamtkosten 2014
<u>Unterbringung</u>	
Zentrale Erstaufnahme (BIS)	31,098 Mio. Euro
Erstversorgung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge beim Landesbetrieb Erziehung und Beratung (LEB)	9,58 Mio. Euro
Folgeunterbringung (BASFI)	22,564 Mio. Euro
<u>Gesetzliche Leistungen</u>	
Asylbewerberleistungsgesetz	76,234 Mio. Euro
Hilfen zur Erziehung (im Wesentlichen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge)	24,9 Mio. Euro
Bildungs- und Teilhabepaket	1,6 Mio. Euro
Schule / Berufsvorbereitung	
Internationale Vorbereitungsklassen (IVK), Inklusion, usw.	13,744 Mio. Euro
Vorbereitungsjahr für Migrant/innen	5,819 Mio. Euro
Berufsvorbereitungsjahr	2,859 Mio. Euro
<u>Personalkosten BIS</u>	2,369 Mio. Euro
<u>Flankierende Leistungen</u> (u.a. Kinderbetreuung, Integrationsmaßnahmen, Beratungsprojekte (inkl. EU-kofinanzierter Projekte), Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements)	3,652 Mio. Euro
<u>Investitionen</u>	104,470 Mio. Euro
Gesamt:	298,889 Mio. Euro

Quelle: Drs. 20/12697, Anlage 5.

19.9.2014/pr19

Einstimmiger Beschluss im Bundesrat: Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften wird erleichtert

Hamburger Initiative zur Änderung des Baurechts findet breite Unterstützung

Der Bundesrat hat heute auf Initiative Hamburgs einen Gesetzentwurf zur Änderung baurechtlicher Vorschriften einstimmig angenommen. Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen stehen alle Länder und Kommunen vor der schwierigen Aufgabe, Menschen, die hier Schutz suchen, schnell eine würdige und sichere Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Besonders in Stadtstaaten und Ballungszentren mit einem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt wird dies zunehmend problematisch.

Hinzu kommt, dass eine zeitnahe Nutzung geeigneter Flächen oft an planungsrechtlichen Vorschriften scheitert oder stark verzögert wird. Der vom Bundesrat angenommene Gesetzentwurf schafft die dringend benötigte Flexibilität bei der Bauplanung. Zeitlich befristet bis Ende 2019 soll die kurzfristige Errichtung von Unterkünften im unbeplanten Innenbereich, in so genannten Außenbereichsinseln und in Gewerbegebieten erleichtert werden. Der Entwurf, dem sich die Länder Bremen und Baden-Württemberg angeschlossen haben, sieht ein vereinfachtes Verfahren zur Änderung der kommunalen Bauleitpläne vor. Dies betrifft sowohl Neubauten als auch Containersiedlungen und Umbauten an bestehenden Gebäuden. Da die Unterbringungskapazität für Flüchtlinge regional verschieden ist, sieht der Hamburger Gesetzentwurf auch eine Länderklausel vor. Damit kann jedes Land selbst bestimmen, ob von den erleichternden Regelungen Gebrauch gemacht werden soll. **Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz** erklärte: „Schutz vor politischer Verfolgung zu bieten ist eine Pflicht der Demokratie. Wir müssen schnell tragfähige Lösungen finden, um denen, die zu uns kommen, zumutbare Unterkünfte bieten zu können, ohne von unseren eigenen Vorschriften daran gehindert zu werden“.

Rückfragen der Medien:

Jörg Schmoll

Stellvertretender Sprecher des Senats

Telefon: (040) 42831-2241

joerg.schmoll@sk.hamburg.de

15. September 2014/bsb15

111. Grundschulmensa eingeweiht

122 Millionen Bauprogramm für Ganztagsgrundschulen im Zeitplan

Schulsenator Ties Rabe hat an der Grundschule Burgunderweg in Hamburg-Niendorf die 111. Grundschulmensa in seiner Amtszeit eingeweiht. Ties Rabe: „Zu einer guten Ganztagschule gehört ein gutes Mittagessen. Deshalb investieren wir von 2011 bis 2015 rund 122 Millionen Euro in den Ausbau von Schulküchen und Speisesälen an den Grundschulen. Das Bauprogramm übertrifft alle bisherigen Anstrengungen im Schulbau. Noch nie ist es in Hamburg gelungen, in so kurzer Zeit so viele Mensen zu bauen. Im Durchschnitt der letzten Dekade wurden kaum mehr als 15 Mensen pro Jahr gebaut, von 1991 bis 2010 beispielsweise insgesamt nur 48 Grundschulmensaen, von denen einige bereits dem heutigen Bedarf nicht mehr entsprechen. Wir haben uns dagegen vorgenommen, von 2011 bis 2015 insgesamt 123 Grundschulen mit einer neuen Mensa auszustatten, und wir liegen gut im Zeitplan. Der beachtliche Ausbau der wurde durch eine gründliche Bestandsaufnahme, gute Planungen und eine vernünftige Finanzierung erreicht.“

Die durchschnittlichen Baukosten liegen bei rund einer Million Euro pro Mensa. Hohe Hygienestandards sowie die lückenlose Einhaltung sämtlicher Vorschriften und Anforderungsprofile bedingen diese hohen Kosten. Oft müssen zusätzliche Anbauten oder sogar Solitär-Gebäude gebaut werden. So kostete die neue 322 qm große Mensa der Grundschule Burgunderweg rund 1,65 Millionen Euro. In den nächsten Jahren bis spätestens 2019 soll durch den Bau von weiteren 58 Grundschulmensaen – zum Teil sind darunter auch viele Ersatzbauten ältere Mensen - der Ausbau abgeschlossen werden. Ties Rabe: „Die jetzt noch ausstehenden Bauvorhaben sind in der Regel Teil einer größeren Umbaumaßnahme der betroffenen Schulen, so dass der Bau der Mensa nicht vorgezogen werden konnte.“

Jede neue Schulmensa besteht aus einem Küchen- und einem Speiseraumbereich sowie Lager- und Nebenräumen und hat eine Gesamtfläche von durchschnittlich rund 240 Quadratmetern. Die Küche wird in der Regel als Zubereitungsküche geplant und verfügt zudem über einen Spülbereich. Das Mittagessen wird meistens von gastronomischen Betrieben (Caterern) angeliefert und vor Ort zubereitet und erhitzt. Das Mittagessen kann – je nach Konzept der Schule – in einzelnen Portionen ausgegeben werden, es kann aber auch in größeren Schüsseln zu den Tischen getragen werden. Aufgaben wie Tischdecken und Abräumen werden dann reihum übernommen. Lehrkräfte oder Erzieherinnen und Erzieher betreuen die Schülerinnen und Schüler an allen Grundschulen beim Mittagessen.

Der Speiseraum kann auf unterschiedliche Weise möbliert werden. Zur Wahl stehen klassische Tische und Stühle, praktische Tisch-Stuhl-Kombinationen sowie Garnituren aus massiven Tische und Sitzbänken. Letztere haben sich bei den Schulen besonders bewährt, weil die Bänke mehr Sitzplätze bieten als Stühle, das Gemeinschaftsgefühl stärken und vor allem das Hinsetzen und Aufstehen wesentlich leiser ist als mit verschiebbaren Stühlen. Kurzfristig führte der zügige Mensa-Ausbau in Hamburg sogar zu Lieferengpässen der Möbelhersteller.

Schulen, die noch keine voll ausgebaute Mensa haben, organisieren das Mittagessen mit pragmatischen Übergangslösungen: In den meisten Fällen werden bestehende Küchen in Verbindung mit Pausenhalle oder Aula genutzt. Pausenhalle oder Aula dienen dann als Speisesaal, bewegliche Systemmöbel gewährleisten in vielen Fällen einen schnellen Umbau. Des Öfteren wurden leerstehende Schulräume in „Restaurants“ umgewandelt. In knapp zehn Prozent der Grundschulen wird das Mittagessen auch in den Klassenräumen eingenommen – in fast allen Fällen allerdings aus pädagogischen Gründen, sehr selten dagegen, weil es keine anderen Räumlichkeiten gibt.

Der Preis für das Mittagessen wurde von Senator Rabe 2011 von durchschnittlich knapp drei Euro auf 3,50 Euro angehoben, um die Qualität des Essens zu verbessern. Das Mittagessen und der Speiseplan richten sich jetzt nach den Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) und die Küchen werden durch die Bezirksämter regelmäßig kontrolliert. Zum Mittagessen werden zudem in allen Mensen zusätzlich stilles oder sprudelndes Wasser oder andere Kaltgetränke sowie Rohkost wie beispielsweise Obst oder Salat gereicht. In allen Schulen bestimmt die Schulgemeinschaft einen gastronomischen Betrieb (Caterer), der das Mittagessen produziert, anliefert und vor Ort zubereitet. Mittagessen und Speiseplan stimmt der Caterer mit der Schulgemeinschaft ab, oft können Kinder und Eltern im Rahmen eines Qualitätsmanagements das Essen bewerten und das Angebot mitbestimmen. So können die Kinder beispielsweise sogenannte „Smiley-Bögen“ ausfüllen, andernorts werden Sammelboxen aufgehängt, in die die Kinder rote („hat nicht geschmeckt“), gelbe („ging so“) oder grüne („hat gut geschmeckt“) Plastikchips werfen können.

Die Schulbehörde rechnet damit, dass im kommenden Schuljahr über 6,5 Millionen Mittagessen an den Hamburger Grundschulen verzehrt werden. Die Kosten von 3,50 Euro für das Mittagessen werden in vielen Fällen von der Stadt und dem Bund bezuschusst. Kinder, deren Eltern Sozialhilfe, Hartz IV und Wohngeld bekommen, essen in Hamburg kostenlos. In anderen Bundesländern müssen Eltern dafür einen Euro selbst aufbringen, in Hamburg wird auch dieser Euro von der Stadt bezahlt. Erstmals wurde an den Hamburger Grundschulen auch ein nach Einkommen der Eltern gestaffelter Zuschuss für das Mittagessen eingeführt. Wie viel die gute Verpflegung dem Senat wert ist, zeigt die Entwicklung der staatlichen Zuschüsse: Während im Jahr 2011 noch gut 3,6 Millionen Euro Zuschüsse für die Mittagsverpflegung gezahlt wurden, sind es im vergangenen Schuljahr 2013/14 schon fast 23 Millionen Euro gewesen – davon allein fast 15 Millionen Euro für die Grundschulen.

Schulsenator Ties Rabe: „Der Ausbau der Ganztagschulen war richtig und dringend notwendig. Im Schuljahr 2010/11 hatte Hamburg nur 49 Ganztagsgrundschulen, zusammen mit den parallel angebotenen Horten umfasste das Nachmittagsangebot rund 22.000 Plätze. Wir haben in dieser Legislaturperiode weitere 153 Grundschulen zu Ganztagschulen gemacht und die Zahl der Nachmittagsangebote auf rund 44.000 Plätze verdoppelt. Der Erfolg: Fast 75 Prozent aller Hamburger Grundschüler haben sich an den Ganztagschulen angemeldet. Die extrem hohen Anmeldezahlen zeigen, wie dringend nötig der Ausbau war und wie fahrlässig es gewesen wäre, in dem früheren Ausbautempo weiterzumachen. Dennoch bleibt noch viel zu tun. Genau so wie die Gebäude müssen auch die Nachmittagsangebote jetzt Schritt für Schritt weiterentwickelt werden.“

Rückfragen:

Pressestelle

Behörde für Schule und Berufsbildung

Telefon (040) 428 63 – 2003

E-Mail pressestelle@bsb.hamburg.de

16. September 2014/bsb16

Zuwächse bei Pflege- und Erziehungsberufen Rückgänge in der dualen Ausbildung

Ausbildungsreport 2013/14: Ausbildungssituation in Hamburg stabil

Die Ausbildungssituation in Hamburg war im vergangenen Jahr auf hohem Niveau stabil. Das belegt der neue Ausbildungsreport 2013/14, den Schulsenator Ties Rabe der Öffentlichkeit vorstellte. Wie im Bundestrend sank zwar auch in Hamburg die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2013 um 4,4 Prozent auf rund 13.530. Umgekehrt haben sich die Anfängerzahlen in den Berufen mit einem besonders hohen Fachkräftebedarf deutlich erhöht, und zwar in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege um 9,2 Prozent auf 1.089 und bei den Erzieherinnen und Erziehern um 4,8 Prozent auf 966. Senator Rabe: "Die Lage auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt bleibt damit insgesamt stabil. Im neuen Ausbildungsjahr 2014/15 gibt es noch zahlreiche offene Ausbildungsstellen. Alle Jugendlichen, die noch eine Lehrstelle suchen, sollten sich rasch in den Betrieben oder den Beratungsstellen der Jugendberufsagentur informieren. Eine gute Möglichkeit bietet auch die 20. Hanseatische Lehrstellenbörse am 22. und 23. September in den Räumen der Handelskammer."

Hoher Anteil von Auszubildenden mit Abitur

Von den 13.196 Anfängerinnen und Anfängern des Ausbildungsjahres 2013/14, die in den Hamburger Berufsschulen beschult werden, verfügen 5.028 (38,1 Prozent) über Abitur oder Fachhochschulreife, 4.539 (34,4 Prozent) über den mittlerem Schulabschluss, 3.117 (23,6 Prozent) über den ersten allgemeinbildenden Abschluss und 367 (2,8 Prozent) über keinen Schulabschluss. Der hohe Anteil von Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern mit Hochschulzugangsberechtigung hängt mit dem hohen Angebot anspruchsvoller Ausbildungsberufe in der Dienstleistungsmetropole Hamburg zusammen, was auch auf das Hamburger Handwerk ausstrahlt, wo immerhin rund 16 Prozent der neuen Ausbildungsverträge mit Abiturienten abgeschlossen worden sind. Der gleichbleibend hohe Abiturientenanteil hat im Übrigen keine negativen Auswirkungen auf Berufsanfängerinnen und –

anfänger mit niedrigerem Schulabschluss: So ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit einem ersten allgemeinbildenden Abschluss in der dualen Ausbildung auch im 5-Jahresvergleich stabil ist (2009/10: 3.079; 2013/14: 3.117).

Viele Berufsanfänger aus anderen Bundesländern

Mit 42 Prozent aller Berufsanfänger ist der Anteil von jungen Erwachsenen aus anderen Bundesländern gleichbleibend hoch. Ihr Anteil wächst, je höher der Bildungsabschluss ist. So kommen nur 23,4 Prozent der Ausbildungsanfänger mit einem ersten allgemeinbildenden Abschluss aus einem anderen Bundesland, aber 52 Prozent der Ausbildungsanfänger mit Hochschulreife. 9.495 neue Ausbildungsverträge stammen aus dem Bereich der Handelskammer, ein Anteil von 70,9 Prozent, deutlich höher als in den anderen Bundesländern. Auf den Plätzen zwei und drei folgen das Hamburger Handwerk mit 2.460 Neuverträgen (18,4 Prozent) und die Freien Berufe mit 1.140 neuen Ausbildungsverträge (8,5 Prozent).

Beliebteste Branchen: Einzelhandel, Verkauf, Groß- und Außenhandel, Bürokommunikation

Traditionell gibt es die meisten Ausbildungsplätze für kaufmännische Berufe, die im Ausbildungsjahr 2013/14 gleich die ersten fünf häufigsten Ausbildungsberufe stellen. An Platz 1 liegen Kaufleute im Einzelhandel (855 neue Ausbildungsverträge), es folgen die Verkäuferinnen und Verkäufer (687 Neuverträge), dann die Kaufleute im Groß- und Außenhandel (675 Neuverträge) die Kaufleute für Bürokommunikation (528 Neuverträge) sowie die Kaufleute für Spedition und Logistikdienstleistungen (483 Neuverträge). Erst an sechster Stelle finden sich die Hotelfachleute mit 384 Neueintragungen, gefolgt von Fachinformatik (360 neue Ausbildungsverträge). Rang neun belegen die Kraftfahrzeugmechatroniker/innen (354 Neuverträge) als ausbildungsstärkster Handwerksberuf in Hamburg.

Wichtige Reformen: Gründung der Jugendberufsagentur

Der Senat hat drei zentrale Reformen eingeleitet, um Jugendlichen den Übergang von der Schule in das Berufsleben zu erleichtern. Im Zentrum steht die neue Jugendberufsagentur (JBA), in der alle Beratungs- und Unterstützungsangebote für den Übergang in den Beruf unter einem Dach zusammengefasst wurden. Die JBA gewährleistet in Zusammenarbeit mit den Schulen, dass kein Jugendlicher beim Übergang verloren geht, sondern alle direkt nach der Schule ein Anschlussangebot bekommen und wahrnehmen. War es früher üblich, dass bis zu 1.000 Jugendliche nach Beendigung des Schulbesuchs schlicht verschwanden, so konnte die JBA in Zusammenarbeit

mit den Hamburger Schulen deren Zahl bereits 2012 auf zehn verringern und im Folgejahr den Verbleib aller Schulabgänger klären. Anders als früher erhalten nunmehr alle Schulabgängerinnen und -abgänger sofort eine Anschlussperspektive. Dabei steht die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit guten Übernahmeperspektiven im Vordergrund. Das Angebot wird gut angenommen: 8.595 Jugendliche haben sich bis Juli 2014 in den Regionalstellen der Jugendberufsagentur als Bewerberinnen und Bewerber um eine duale Ausbildung gemeldet, das sind 1.896 oder über 28 Prozent mehr als im ersten Betriebsjahr.

Dualisierte Ausbildungsvorbereitung und Berufsqualifizierung

Wer noch nicht ausreichend beruflich orientiert und noch schulpflichtig ist, für den hat die Stadt mit der dualisierten Ausbildungsvorbereitung (AV) in den berufsbildenden Schulen ein Angebot eingerichtet, dass über Unterrichtsangebote und Praktika auf einen Ausbildungsplatz vorbereitet und den Übergang in die Ausbildung anbahnt. Im Berichtsjahr 2013/14 waren 2.162 Schülerinnen und Schüler in der AV (Stichtag der Schuljahreserhebung 2013), das sind 234 oder 9,8 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Bei Eintritt in die AV verfügten 870 Schülerinnen und Schüler, also rd. 40 Prozent, über keinen Schulabschluss. Qualifizierte Bewerber ohne Ausbildungsplatz können im Rahmen der „Berufsqualifizierung“ (BQ) an den beruflichen Schulen eine Ausbildung beginnen und zu einem späteren Zeitpunkt in Betrieben fortsetzen. Von den 209 Teilnehmerinnen und Teilnehmern schafften im vergangenen Ausbildungsjahr 146 (70 Prozent) den Sprung aus BQ in eine duale Berufsausbildung. Die bereits absolvierte Ausbildungszeit in BQ konnte dabei bei 90 Prozent aller Teilnehmer auf die spätere Berufsausbildung ganz oder teilweise angerechnet werden.

Vertiefte Berufs- und Studienorientierung (BOSO) an allen Stadtteilschulen

Auch die Schulen übernehmen mehr Verantwortung. Schulsenator Rabe: „Zum neuen Schuljahr haben wir die vertiefte Berufs- und Studienorientierung (BOSO) an allen Stadtteilschulen eingeführt. Sie zielt darauf ab, dass alle Schülerinnen und Schüler am Ende der Klassenstufe 10 eine wohlerrungene Berufswahlentscheidung treffen können und genau wissen, wie sie ihren Bildungsweg fortsetzen wollen. Dazu lernen sie in der Schule u.a. das breite Spektrum der 248 Ausbildungsberufe in Hamburg kennen, sie reflektieren ihre beruflichen Interessen, Stärken und Schwächen, absolvieren Praktika und durchlaufen ein Bewerbungstraining.“

Bewertung des Ausbildungsreports 2013/14 durch Landesausschuss für Berufsbildung (LAB)

Als berufsbildungspolitisches Schwerpunktthema enthält der Ausbildungsreport 2013 entsprechend der Bitte des Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) eine Bestandsaufnahme zur Attraktivität des dualen Ausbildungssystems. Der Landesausschuss für Berufsbildung sieht in diesem Kapitel des Reports eine wertvolle Grundlage für seine Beratungstätigkeit und hat daher beschlossen, diese Thematik in sein Arbeitsprogramm aufzunehmen. Ein weiteres Thema des Reports befasst sich mit der rechtlichen Einordnung der umstrittenen Frage der „mündlich zu erbringenden Prüfungsleistung“ in den beruflichen Abschlussprüfungen.

Das Dokument als Download finden Sie unter: www.hamburg.de/bsb/bsb-publikationen

Für Nachfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung Clive Hewlett, Geschäftsführer Landesausschuss für Berufsbildung Tel: (040) 4 28 63 – 3514 E-Mail: Clive.Hewlett@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

15.9.2014/bsu15

„Die Hauswende“ in Hamburg

Unterstützung bei der energetischen Modernisierung: Veranstaltungsreihe für Eigenheimbesitzer

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat gemeinsam mit der Deutschen Energie-Agentur (dena), ZEBAU und dem Grundeigentümergebiet Hamburg am 15. September bei der Impulsveranstaltung der Informationskampagne „Die Hauswende“ in Hamburg dafür geworben, die energetische Modernisierung von Gebäuden voranzutreiben.

Staatsrat Holger Lange: „Energetische Sanierungsmaßnahmen lohnen sich für Ein- und Zweifamilienhausbesitzer. Sie bringen wirtschaftliche Vorteile wie zum Beispiel geringere Heizkosten und einen höheren Wert der Immobilie. Gleichzeitig bedeuten sie einen wertvollen Beitrag zur Energiewende in Hamburg und für den Klimaschutz. Damit eine Sanierung gelingt, brauchen Eigenheimbesitzer eine fundierte Beratung. Dazu leistet die Kampagne „Die Hauswende“ einen wichtigen Beitrag.“

„Viele Hausbesitzer zögern, eine energetische Sanierung umzusetzen“, erläutert Thomas Drinkuth, stv. Bereichsleiter Energieeffiziente Gebäude bei der Deutschen Energie-Agentur (dena): „Umso wichtiger ist es, verlässliche und fachgerechte Unterstützung zu haben. Das Internetportal www.die-hauswende.de bündelt alle wichtigen Informationen zur energetischen Gebäudesanierung.“ Per Online-Suche können Verbraucher zum Beispiel schnell und unkompliziert geeignete Fördermöglichkeiten sowie qualifizierte Energieexperten und Firmen in ihrer Nähe finden.

Unabhängige Experten beantworten Fragen zum Thema Sanierung.

In Hamburg wird zudem in Kooperation mit dem Zentrum für Energie, Bau, Architektur und Umwelt (ZEBAU) eine kostenlose Veranstaltungsreihe für Hausbesitzer angeboten. Die Reihe startet am 20. September 2014 in Bergedorf. Tagsüber wird es im Rahmen des „Tags des Handwerks“ einen Informationsstand im City-Center Bergedorf (CCB) geben. Um 14:00 Uhr findet dann zusätzlich eine Informationsveranstaltung im CCB statt. „Unabhängige Experten beantworten dort fachkundig alle Fragen zu den Themen Heizungstechnik, erneuerbare Energien, Wärmedämmung, Fenster oder Finanzierung“, sagt ZEBAU-Geschäftsführer Peter Friemert. Weitere Veranstaltungstermine gibt es im Internet unter www.die-hauswende.de und unter www.zebau.de/veranstaltungen.

IFB unterstützt Hausbesitzer mit Förderung.

Finanzielle Unterstützung können Hamburgerinnen und Hamburger zudem über die Investitions- und Förderbank (IFB) erhalten (www.ifbhh.de). Die IFB stellt Fördergelder für Sanierungsmaßnahmen bereit und vermittelt zinsgünstige Kredite und Zuschüsse der staatlichen Förderbank KfW.

„Die Hauswende“ ist die erste gewerkeübergreifende Sanierungskampagne für ganz Deutschland. Ins Leben gerufen wurde „Die Hauswende“ von der Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea). Neben der Deutschen Energie-Agentur (dena) sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie Unternehmen und Verbände aus allen sanierungsrelevanten Branchen beteiligt. Die dena steuert die Kampagne bundesweit. BAUM e. V. und ZEBAU setzen Informationsveranstaltungen im Rahmen der Kampagne um.

Weitere Informationen unter www.die-hauswende.de

Rückfragen der Medien:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pressestelle, Volker Dumann,
Tel: (040) 42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de

16.9.2014/bsu16

Senat beschließt Innenstadtkonzept

Der Hamburger Senat hat in seiner heutigen Sitzung das Innenstadtkonzept verabschiedet. Mit dem Konzept werden die wesentlichen Eckpunkte zur strategischen Entwicklung der Innenstadt festgeschrieben und konkrete Maßnahmen zur weiteren Entwicklung vorgeschlagen. Das Konzept war bereits im Juni der Öffentlichkeit präsentiert worden.

Senatorin Jutta Blankau: „Mit der HafenCity wird die Hamburger Innenstadt um 40 Prozent erweitert. Daher gilt es jetzt, Altstadt, Neustadt und HafenCity zu verbinden und die Hamburger Innenstadt langfristig zu einem lebendigen, durchmischten und für alle nutzbaren Zentrum weiterzuentwickeln. Deswegen werden wir auch weiter das Wohnen in der Innenstadt voranbringen.“

Es handelt es sich um eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Innenstadt langfristig stärken sollen. Im Innenstadtkonzept werden die verschiedenen Themen gebündelt und die strategische Ausrichtung der Innenstadt vorgegeben. Die zukünftige Entwicklung der Innenstadt wird auf Grundlage des Innenstadtkonzepts koordiniert und gesteuert. Das Innenstadtkonzept Hamburg 2014 soll daher in Zukunft Grundlage für Entscheidungen von Hamburger Dienststellen sein. Wesentliche strategische Ziele für die zukünftige Entwicklung der Innenstadt sind dabei:

- Öffentlicher Raum – Altstadt, Neustadt und HafenCity verbinden
- Innenstadt als Wohnort weiterentwickeln
- Lagen des Einzelhandels stärken
- Innenstadt als zentralen Dienstleistungsstandort festigen
- Innenstadt als Zentrum für Kultur, Begegnung und Bildung weiterentwickeln
- Gestaltungsqualität der Innenstadt bewahren und profilieren
- Verkehr stadtvträglich organisieren und gestalten

Diese strategischen Ziele werden auf die einzelnen Quartiere heruntergebrochen, für die auf Basis Ihrer historischen Prägungen, den verschiedenen Nutzungen und baulichen Gegebenheiten konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden. Das Konzept beschreibt außerdem die geschichtlichen Phasen der Innenstadtentwicklung und zeigt die Konstanten der Stadtgestalt, d.h. prägende Merkmale der Innenstadt, die über einen langen Zeitraum das Stadtbild geprägt haben und Hamburg unverwechselbar machen.

Das Innenstadtkonzept zum Download unter: <http://www.hamburg.de/innenstadtkonzept/>

Rückfragen der Medien:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Dr. Magnus-Sebastian Kutz,
(040) 42840-2051, magnus-sebastian.kutz@bsu.hamburg.de

16. September 2014/bsu16a

Kiebitzmoor in Volksdorf wird Naturdenkmal

Senat beschließt Beteiligung der Öffentlichkeit am Ausweisungsverfahren

Das Kiebitzmoor im Volksdorfer Osten nördlich der Eulenkrogstraße soll Naturdenkmal werden. Der Senat hat dafür heute die Beteiligung der betroffenen Bürger und Naturschutzvereine beschlossen. Moore gehören zu den selten gewordenen charakteristischen Biototypen Norddeutschlands und sind Lebensraum vieler seltener Pflanzen und Tiere.

Das Kiebitzmoor ist während der letzten Eiszeit in einer Senke entstanden. Der Moorkörper wurde in den 1950er Jahren teilweise abgebaut. Daraus entwickelte sich ein Teich mit einem breiten sumpfigen Ufer, das von Seggenrieden und Rohrkolbenröhricht gesäumt ist. In den Randbereichen wächst Weidengebüsch und feuchter Birken-Bruchwald. Im Kernbereich des Moors haben sich seltene und gefährdete Pflanzen angesiedelt, die auf nährstoffarme und nasse Standorte angewiesen sind. Das Moor ist Rückzugsgebiet für seltene Amphibien und Libellen. Fledermäuse jagen hier und besonders wasserliebende Vögel wie Blässhuhn, Stockente und Graugans nutzen das Kiebitzmoor als Lebensraum.

Das zukünftige Naturdenkmal ist rund 1,7 Hektar groß. Es ist von Wegen umgeben. Landwirtschaftlich genutzte Flächen und Wald grenzen an. Die Ausweisung des Kiebitzmoores als Naturdenkmal soll möglichst noch in diesem Jahr amtlich werden. Damit hat Hamburg neben dem Nationalpark ‚Hamburgisches Wattenmeer‘, 32 Naturschutzgebieten dann auch noch 11 Naturdenkmale.

Hintergrund: Im Unterschied zu Nationalparks und Naturschutzgebieten, die für den Arten-, Biotop- oder Prozessschutz möglichst große Teile von Lebensräumen schützen, bewahren Naturdenkmale „Einzelschöpfungen der Natur“. In Hamburg sind das v.a. Bracks (Teiche, die hinter den Deichen nach Deichbrüchen entstanden sind) oder der „Alte Schwede“ (ein über 200 t schwerer Granitfindling, der bei Baggerarbeiten in der Elbe entdeckt wurde). In den letzten Jahren sind mehre Naturdenkmale in Naturschutzgebieten aufgegangen.

Kontakt: Beh. f. Stadtentwicklung u.Umwelt, Pressestelle, Volker Dumann, 040-42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de .

19. September 2014/bsu19

Erhalt der Backsteinstadt Hamburg

Senatorin Jutta Blankau und Bündnis für das Wohnen stellen Backsteinkatalog vor.

Das Hamburger Stadtbild wird in vielen Quartieren durch den Backstein geprägt: sowohl in den einzigartigen Wohnungsbeständen der 1920er und 1930er Jahre als auch durch Gebäude aus den 1950er und 1960er Jahren. Um auch bei energetischen Sanierungen diesen Charakter zu erhalten, arbeiten Senat und Wohnungswirtschaft im Bündnis für das Wohnen eng zusammen. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit wurden am Freitag vorgestellt.

Backstein ist in weiten Teilen Hamburgs das bestimmende Fassadenmaterial und soll es aus denkmalpflegerischen, kulturellen und historischen Gründen weiterhin bleiben. Es ist demnach neben den hellen, gründerzeitlichen Stuckfassaden das Material, das die Dualität von "rot und weiß" zum bestimmenden, unverwechselbaren Charakter der Hansestadt nach innen und außen macht.

Die Hamburger Wohnungswirtschaft hat sich 2011 im „Bündnis für das Wohnen“ mit dem Hamburger Senat grundsätzlich zum Erhalt der Backsteinstadt Hamburg bekannt und auf die Einrichtung eines Verfahrens zur Qualitätssicherung von Backsteinsanierungen verständigt. Ergebnisse dieses neuen Verfahrens werden in einem Backsteinkatalog zusammen mit zwei Projekten der IBA Hamburg 2013 vorgestellt und sollen als Orientierung für weitere Sanierungsvorhaben dienen.

Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt: „Hamburg ist als Backsteinstadt einzigartig und dieses Stadtbild wollen wir bewahren. Deswegen freut es mich sehr, dass sich die Stadt und Wohnungswirtschaft im Bündnis für das Wohnen gemeinsam für dieses Ziel engagieren. Mit der Qualitätssicherung Backstein, der Förderung durch die Investitions- und Förderbank und mit dem Backsteinkatalog haben wir jetzt auch praktische Hilfsmittel, um die energetische Sanierung zu ermöglichen und gleichzeitig diesen besonderen Charakter Hamburgs zu erhalten.“

Marko Lohmann, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg des Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. : „Das Bündnis für Wohnen in Hamburg hat nicht nur mit dem jährlichen Neubau von mehr als 6.000 Wohnungen Erfolge erzielt, sondern auch mit qualitativen Zielen wie dem Bekenntnis zum Erhalt stadtbild-prägender Backsteinfassaden. Dieses Ziel konkurriert mit Klimaschutz, hohen Baukosten, Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit. Es gelingt daher im Bündnis aller Beteiligten am besten, miteinander abzuwägen und geeignete Vorgehensweisen abzustimmen. Der Backsteinkatalog bietet verschiedene Einzelbeispiele, anhand derer das Bündnis nun gut beraten kann, wie wir gemeinsam auf der Ebene weiterer Quartiere zu ausgewogenen Lösungen kommen.“

Joachim Haseloff, Vorstandsvorsitzender der Baugenossenschaft dhu e.G.: „Die energetische Modernisierung in einem Backsteingebäude stellt an sich schon eine Herausforderung dar. Als Genossenschaft haben wir aber auch die Aufgabe, unseren Mitgliedern moderate Mieten zu gewähren. Dieses Projekt war somit ein wahrer Balanceakt, der letztlich gelang, weil wir neue Wege

beschritten haben: Für die Verkleidung der Fassade haben wir eigens 255.000 echte einzelne Klinkerriemchen brennen lassen und für die Befestigung der neuen Balkone im Rahmen eines Pilotprojektes eine neue Technik genutzt. Die Investitionskosten lagen damit zwar höher als bei gewöhnlichen energetischen Modernisierungen, aber immer noch in einem verträglichen Rahmen. Das zeigt doch: mit Ideen, Mut und gutem Willen ist vieles machbar.“

Ralf Sommer, Vorstandsvorsitzender der Hamburgischen Investitions- und Förderbank: „Rund 60 Prozent der geförderten Modernisierungsvorhaben verfügen über eine Backsteinfassade, die wir im Rahmen unserer Förderbewilligung hinsichtlich notwendiger Erhaltungsmaßnahmen beurteilen. Mittlerweile hat sich das Qualitätssicherung-Verfahren bei allen Beteiligten gut eingespielt. Viele Investoren haben uns sogar gesagt, dass sich die Qualität der Fassadengestaltung im Vergleich zur ursprünglichen Planung erhöht hat.“

Das Verfahren „Qualitätssicherung Backstein“ in der Hamburger Modernisierungsförderung wurde federführend von der BSU und IFB gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft im Rahmen des Bündnis für das Wohnen entwickelt, 2012 implementiert und seit dem weiterentwickelt und präzisiert. Der Katalog zeigt ein breites Spektrum von Gebäudetypologien unterschiedlichen Bauzeitalters, von Sanierungsarten und wirtschaftlicher Kenndaten, wobei die gestalterische Qualität nach Sanierung für die Auswahl der Projekte eine wichtige Voraussetzung war.

Der Backstein-Katalog kann unter <http://www.hamburg.de/backstein/> heruntergeladen werden.

Gleichzeitig ist die Erhebung der Backsteinbestände in Hamburg in den letzten Jahren erweitert worden. Aktuelle Karten hierzu finden sich unter:

<http://www.hamburg.de/stadtplanung/denkmalschutz-stadtgestalt/backstein/3552186/backstein.html>

Rückfragen der Medien:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Dr. Magnus-Sebastian Kutz,
(040) 42840-2051, magnus-sebastian.kutz@bsu.hamburg.de

15. September 2014/bwf15a

Strategische Perspektiven der Hamburgischen Hochschulen Rund 40 Stellungnahmen zum Diskussionspapier bei der Wissenschaftsbehörde eingegangen

Mitte Juni hat die Wissenschaftsbehörde den Präsidenten der staatlichen Hochschulen den Entwurf eines Papiers zu den strategischen Perspektiven der Hamburgischen Hochschulen zugeleitet, um eine Diskussion in den Gremien zu ermöglichen. Daraufhin sind rund 40 Stellungnahmen bei der Wissenschaftsbehörde eingegangen, die jetzt ausgewertet werden.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Eine inhaltliche Debatte über die Zukunft des Wissenschaftsstandorts Hamburg ist mir wichtig. Dabei kommt der Frage, wie sich die Hamburger Hochschulen in den kommenden Jahren inhaltlich und strategisch aufstellen, besondere Bedeutung zu. Die in dem Perspektivpapier angesprochenen Aspekte müssen jetzt sachlich diskutiert werden. Ein solcher Prozess liegt nicht nur im Interesse der Hochschulen, sondern entspricht den legitimen Interessen aller Hamburgerinnen und Hamburger. Klar ist auch: Eine Diskussion über Entwicklungslinien darf nicht auf die Frage des Geldes reduziert werden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung kann nur im partnerschaftlichen Verhältnis von Senat und autonomen Hochschulen erfolgreich sein.“

Die Wissenschaftssenatorin hat die Präsidenten der staatlichen Hamburgischen Hochschulen sowie den Dekan des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf daher zu einem Gespräch eingeladen, um zu erörtern, wie der Diskurs in einer konstruktiven Art und Weise fortgeführt werden kann.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher
Dr. Alexander v. Vogel
Tel: 040/42863-2232, Mobil: 0171/3882432
E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

15. September 2014/kb15

Ausschreibungsstart für die Hamburger Arbeitsstipendien für bildende Kunst 2015

Kulturbehörde vergibt zum 35. Mal seit 1981 zehn Arbeitsstipendien für bildende Kunst

Die Kulturbehörde vergibt zum mittlerweile 35. Mal zehn Arbeitsstipendien für bildende Kunst. Die Stipendien werden jährlich an Künstlerinnen und Künstler vergeben, die ihren Hauptwohnsitz in Hamburg und ihr Studium bereits abgeschlossen haben. Sie sind mit monatlich 820 Euro dotiert und haben eine Laufzeit von einem Jahr. Zum Ende des Stipendienjahres wird eine Abschlusspräsentation ausgerichtet, zu der ein Katalog erscheint. Ab sofort können sich Interessenten, auf die die Kriterien passen, um das Stipendium bewerben.

Die Hamburger Arbeitsstipendien sind eines der nachhaltigsten Förderinstrumente für den künstlerischen Nachwuchs in Hamburg und haben seit ihrem Bestehen bisher rund 350 Künstlerinnen und Künstlern geholfen, den Weg in eine künstlerische Existenz zu ebnen.

Zahlreiche ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten haben sich im Anschluss an das Stipendium überregional und international einen Namen gemacht. Zu Ihnen gehören beispielsweise Stephan Balkenhol, Andreas Slominski, Mariella Mosler, Jeanne Faust, Christoph Schäfer, Thorsten Brinkmann, Aurelia Mihai oder Boran Burchardt.

Bewerbungsunterlagen sind ab sofort erhältlich über die

Kulturbehörde
Referat Kunst und Kreativwirtschaft
Hohe Bleichen 22
20354 Hamburg
Tel.: 040-42824-282
Email: frank.haenke@kb.hamburg.de

Oder im Internet unter: www.hamburg.de/kulturbehoerde/stipendien/179884/stipendien-kb

Bewerbungsschluss ist der 13. Oktober 2014.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

16. September 2014/kb16



Stärkung und Unterstützung der Hamburger Kreativwirtschaft

Senat beschließt Fortführung der Hamburg Kreativ Gesellschaft als Dienstleistungseinrichtung für alle Akteure der Kreativwirtschaft

Der Senat hat heute beschlossen, die seit 2010 bestehende Hamburg Kreativ Gesellschaft als städtische Dienstleistungseinrichtung für alle Akteure der Hamburger Kreativwirtschaft unbefristet fortzuführen. Die Hamburg Kreativ Gesellschaft bietet Coaching und kostenfreie Beratung, neue Vernetzungsmöglichkeiten, Projekt-Finanzierung durch die regionale Crowdfunding-Plattform „Nordstarter“, Unterstützung bei der Raumsuche und beim Übergang von Ausbildung ins Berufsleben. Die Angebote und Veranstaltungen der Hamburg Kreativ Gesellschaft werden von den Akteuren gut angenommen und erfreuen sich einer stetigen und hohen Nachfrage. Dies zeigt eine gründliche Evaluierung der bisherigen Arbeit der Kreativ Gesellschaft, die dem heutigen Beschluss zu Grunde liegt.

Hamburg geht mit seiner Förderung der Kreativwirtschaft einen besonderen Weg. Die Gründung einer eigenständigen Fördereinrichtung für die Kreativwirtschaft als Tochterunternehmen der Stadt war eine Neuerung in der Wirtschafts- wie Kulturförderung, die überregional große Aufmerksamkeit erregt und bereits Nachahmer gefunden hat.

Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler**: „Mit über 80.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 10,5 Milliarden Euro hat sich die Kreativwirtschaft zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige in Hamburg entwickelt. Damit dies so bleibt, wollen wir mit der Kreativ Gesellschaft die Akteure der Kreativwirtschaft weiter unter anderem mit günstigen Flächen, Projekt-Finanzierungen und Beratungen zielgerichtet unterstützen. Die Bilanz der letzten Jahre zeigt, dass die Kreativ Gesellschaft hier gute Arbeit leistet und von den Akteuren als hilfreiche Unterstützung angenommen wird.“

Egbert Rühl, Geschäftsführer der Hamburg Kreativ Gesellschaft: „Das ist natürlich eine wohlthuende Bestätigung für die unglaublich engagierte und erfolgreiche Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen in den letzten fünf Jahren für die Hamburger Kreativwirtschaft und zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Den gilt es nun mit frischer Energie fortzusetzen. Wir, aber vor allem unsere Klienten, haben noch viele gute Ideen für Hamburgs Zukunft.“

Die Hamburg Kreativ Gesellschaft wurde 2010 zunächst befristet bis zum 31.12.2015 gegründet. Bis dahin sollte eine Evaluation der Tätigkeit der Gesellschaft erfolgen, um auf der Grundlage über eine Fortführung der Institution mitsamt ihres vielfältigen Spektrums an Angeboten zu entscheiden. Die

Hamburg Kreativ Gesellschaft ist als übergeordnete Einrichtung für alle elf Teilmärkte (Architektur, Bildende Kunst, Theater/Tanz, Literatur, Design, Musik, Film, Presse, Rundfunk, Werbung, Software/Games) zuständig. Die Kreativwirtschaft ist von einem hohen Anteil von Solo-Selbstständigen sowie Kleinst- und Kleinunternehmern geprägt. Insbesondere für diese wachsende Gruppe macht die Hamburg Kreativ Gesellschaft vielfältige Angebote und verschiedene Veranstaltungsformate zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Kompetenzen und Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte. Die Zahl an Personen, die die Hamburg Kreativ Gesellschaft als Anlaufstelle für die verschiedensten Anliegen wahrnehmen und die Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen sind in den Jahren seit 2010 kontinuierlich gestiegen und bleiben konstant hoch. Die Hamburg Kreativ Gesellschaft befördert Innovation, Unternehmensgründungen und nachhaltiges Wachstum und trägt mittel- und unmittelbar zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Kreativsektor bei. Aus diesen Gründen hat der Senat die Fortführung der Hamburg Kreativ Gesellschaft beschlossen.

Zahlen zur Arbeit der Kreativ Gesellschaft im Anhang.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Jenny Kornmacher
Hamburg Kreativ Gesellschaft
Tel. 040 / 879 798 610
Jenny.Kornmacher@kreativgesellschaft.org
www.kreativgesellschaft.org

17.09.2014/pr17

Musikwirtschaft initiiert Musikmarktstudie

Rund 50 Fachleute diskutierten beim 2. „Musikdialog Hamburg“ im Rathaus

Zum zweiten Mal seit der Auftaktveranstaltung im Jahr 2013 hat Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz am Mittwoch gemeinsam mit Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler am Mittwoch Experten der Musikwirtschaft zum „Musikdialog Hamburg“ begrüßt. 50 Entscheidungsträger der Konzert-, Tonträger- und Musikverlagsbranchen und ihre Partner aus der digitalen Wirtschaft debattierten bei der unmittelbar vor dem Reeperbahn Festival stattfindenden Veranstaltung über die vielfältigen Herausforderungen, mit denen sich die Teilmärkte in den kommenden Jahren konfrontiert sehen.

Zu den Kernthemen des vom Stern-Journalisten Frank Thomsen moderierten Dialogs zählten die Erörterung der Chancen und Risiken innovativer Geschäftsmodelle, das Erfordernis eines stärkeren Schulterschlusses der einzelnen Sparten sowie erforderliche Maßnahmen zur Gewährleistung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Erfahrungen aus den USA trug Ralph Simon bei, Vordenker der mobilen Unterhaltungsindustrie. Für die europäische Perspektive stand Karel Bartak, Leiter der Creative Europe Abteilung ‚Education and Culture‘ der EU-Kommission, zur Verfügung.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Wir wollen mit diesem Dialog die Gelegenheit geben, Dinge zu besprechen, die alle in der Musikbranche etwas angehen sollten. Diese gemeinsame Perspektive auf die Branche ist neu - und sie ist wichtig, um der Sache der Musik mehr Gewicht zu geben. Solche Diskussionsrunden haben Folgen. Sie fördern das Selbstverständnis der Branche und führen zu konkreten Vereinbarungen zum Beispiel zu einer gemeinsamen Musikwirtschaftsstudie. Ich freue mich, dass Hamburg dabei helfen kann, das zu ermöglichen.“

Anlässlich des Musikdialogs erklärten Vertreterinnen und Vertreter von Musikwirtschaftsverbänden und Unternehmen, Musik sei eine bedeutende Ressource in der digitalen Wirtschaft. Sie sei über das Kerngeschäft hinaus der Motor für Milliardenumsätze anderer Branchen. So sei Musik der meistgenutzte Breitbandinhalt im Internet. Inhalte seien ein Treiber des technischen und kulturellen

Fortschritts. Technischer Fortschritt dürfe daher nicht zu Lasten der schöpferischen Leistung gehen. Wichtig sei zudem ein Schulterschluss der gesamten Kreativwirtschaft. Die Vertreterinnen und Vertreter der Musikwirtschaft dankten dem Ersten Bürgermeister für sein medienpolitisches Engagement.

Vertreterinnen und Vertreter der Musikwirtschaft erwarteten von der Politik vor allem gesetzliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die es erlaubten, international konkurrenzfähig zu sein. Man wünsche sich im Vergleich mit anderen Segmenten des Entertainmentmarktes mehr Chancengleichheit. Insbesondere die Mittel für Nachwuchsförderung und Exportförderung von Musik aus Deutschland blieben nach wie vor hinter den entsprechenden Aktivitäten anderer Staaten Europas zurück. Investitionen in den Aufbau junger Künstler förderten nicht nur die Bedeutung des Kulturstandorts Deutschland, sondern gewährleisteten durch Steuereinnahmen auch einen Rückfluss der Mittel. Prof. Jens Michow, Präsident des Bundesverbands der Veranstaltungswirtschaft: „Es ist für uns schwer nachvollziehbar, dass der Bund jährlich mehr als 30 Millionen Euro in Förderprogramme und Auszeichnungen der nationalen Filmwirtschaft investiert, während für die Förderung von ausübenden Künstlern im Bereich der Populärmusik gerade mal 10 Prozent dieses Betrages ausgegeben werden.“ Lars Ingwersen, Deutscher Musikverleger Verband: „Es stehen nach wie vor eine ganze Reihe rechtlicher Rahmenbedingungen zur Disposition, die insbesondere die Fragen des Urheberrechts und damit die Interessen der Musikautoren und die sie vertretenden Musikverlage berühren, z.B. Stichwort Providerhaftung. Daher ist eine solch hochkarätige Gesprächsrunde und das offene Ohr der Politik gut und mehr als sinnvoll.“

Ein erster beachtlicher Erfolg des noch jungen Musikdialogs besteht darin, dass die zentralen Teilmärkte der Musikwirtschaft – Recorded Music, Live Entertainment, Publishing – sich darauf verständigt haben, eine Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Musikwirtschaft in ihrer Gesamtheit zu beauftragen. Der Hamburger Senat wird sich an den Kosten der Studie zu beteiligen. Mit der Studienleitung wurde Prof. Dr. Wolfgang Seufert, Leiter des Instituts für Kommunikationswissenschaften an der Universität Jena, beauftragt. Die Ergebnisse sollen im September 2015 beim nächsten Musikdialog präsentiert werden.

Erstmalig sollen damit umfassende Informationen über den Gesamtumsatz sowie die Umsätze der vielen Teilmärkte, die Anzahl der von ihnen geschaffenen Arbeits- und Ausbildungsplätze und über die Bedeutung des Wirtschaftszweiges als Standortfaktor geliefert werden.

Christof Ellinghaus, Vorstandsvorsitzender des Verbandes unabhängiger Musikunternehmen: „Der Schulterschluss der verschiedenen Bereiche der Musikwirtschaft ist zukunftsweisend. Dies beweist

auch die Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Musikwirtschaft, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben und die vom Hamburger Senat unterstützt wird. So wird die Bedeutung der Musikwirtschaft in ihrer Gesamtheit auf eine neue Art und Weise erfasst.“

Prof. Dieter Gorny, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Musikindustrie: „Die gemeinsame Initiierung des Musikdialogs mit der Stadt Hamburg manifestiert die Erkenntnis, dass die Musikwirtschaft ein wesentlicher Baustein der digitalen Ökonomie ist und mit der Durchführung der Musikmarktstudie wird ein klares Signal für die Offenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft zum Umgang mit ihrer Bedeutung als zentraler Inhalteproduzent gesetzt.“

Die Erklärung der Musikwirtschaft wird getragen von den folgenden Verbänden und Unternehmen:

Bundesverband Musikindustrie – BVMI; Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft – bdv;
Deutscher Musikverleger Verband – DMV; Verband der Deutschen Konzertdirektionen – VDKD;
Verband unabhängiger Musikunternehmen – VUT; Edel AG; Karsten Jahnke Konzertdirektion;
Peermusic Germany; Warner Music Central Europe; Reeperbahn Festival.

Rückfragen der Medien:

Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Tel.: 0404283122 44, Mobil: 01702881809

E-Fax: 040427915143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

Terminkalender

Vom 22. September bis 28. September 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 22.09.2014

- 10:00** Musik- und Kongresshalle Lübeck, Willy-Brandt-Allee 10, 23554 Lübeck
Senatorin Jutta Blankau nimmt an einer **Podiumsdiskussion bei der VNW-Arbeitstagung 2014** teil.
- 10:15** Gut Karlshöhe, Karlshöhe 60d
Senator Ties Rabe spricht anlässlich der **Vergabe der Auszeichnung „Umweltschule in Europa“** ein Grußwort.
- 10:30** IZET Innovationszentrum, Fraunhoferstraße 3, 25524 Itzehoe
Senator Frank Horch und Staatsrat Andreas Rieckhof nehmen an der **Küstenwirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz** teil.
- 13:30** Berufliche Schule B1, Burgstr. 33-35
Senator Dr. Peter Tschentscher hält eine Ansprache beim **Richtfest der B1, Beruflichen Schule für Gesundheits-, Haus- und Familienpflege**.
- 14:00** BBU Verband Berlin-Brandenburg Wohnungsunternehmen e.V., Takustraße 39, 14195 Berlin-Dahlem
Staatsrat Michael Sachs nimmt an einer **Podiumsdiskussion anlässlich der BBU-Neubautagung zum Thema „Erfolgreicher Neubau durch Kommunikation“** teil.
- 15:30** Airbus, Kreetslag 10
Bürgermeister Olaf Scholz besichtigt mit dem **französischen Premier Manuel Valls die Airbus Werke**.
- 18:00** Historischer Speicherboden, Block D, Kehrwider 2-3
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich des **Senatsempfangs zum 10. Gesundheitswirtschaftskongress** ein Grußwort.
- 18:30** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht auf dem **Senatsempfang anlässlich der Eröffnung der Messe WindEnergy Hamburg 2014** – an dem der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel sowie der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Torsten Albig, teilnehmen – ein Grußwort.

Senatorin Jutta Blankau und Senator Frank Horch nehmen teil.

Dienstag, den 23.09.2014

- 09:00** Messegelände
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet die **Messe WindEnergy Hamburg 2014**.
- 10:00** Hotel Grand Elysee, Rothenbaumchaussee 10
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Eröffnung des**

Gesundheits-Wirtschaftskongress ein Grußwort.

- 12:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt eine **Delegation der Partnerstadt Osaka mit Eintrag ins Goldene Buch.**
- 13:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt **anlässlich des Besuchs einer Delegation aus Osaka „25 Jahre Städtepartnerschaft Hamburg – Osaka“** ein Grußwort.
- 13:30** Hotel Grand Elysee, Rothenbaumchaussee 10
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Verleihung des Lohfert-Preises** ein Grußwort.
- 18:30** Patriotische Gesellschaft, Reimarus-Saal, Trostbrücke 6
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht zur **Einführung in die BGV- Informationsveranstaltung „Das 1x1 der Altersvorsorge“** ein Grußwort.
- 18:30** Landesvertretung in Berlin, Jägerstraße 1 - 3
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht zum **neuen Hamburg-Projekt „Hamburg-diaLAWgue“** ein Grußwort.
- Mittwoch, den 24.09.2014**
- 10:00** Hotel Atlantic, An der Alster 72-79
Staatsrat Holger Lange spricht anlässlich des **Batteriekongress ICBR 2014** ein Grußwort.
- 11:00** Hotel Grand Elysee, Rothenbaumchaussee 10
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Prävention und Qualität“ im Rahmen des Gesundheitswirtschaftskongresses** teil.
- 11:00** Seewartenstraße 10
Senator Detlef Scheele spricht zur **10 Jahres Feier der Haus 5 gGmbH** ein Grußwort.
- 11:30** Hamburg Messe
Senator Frank Horch informiert sich bei einem **Rundgang über die Messe WindEnergy.**
- 12:30** Leben mit Behinderung Hamburg, Südring 36
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Kick-Off-Veranstaltung des neuen Projekts „Nueva - Gut gefragt“** ein Grußwort.
- 16:00** CongressCentrum Hamburg, Marseiller Straße
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich **des 30. Jahreskongresses der Deutschen Gesellschaft für Gefäßchirurgie und Gefäßmedizin e.V.** ein Grußwort.
- 18:30** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senator Frank Horch spricht beim **Senatsempfang anlässlich der Messe COTECA 2014.**
- 20:00** Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn besucht das **Eröffnungskonzert der Elbphilharmonie-Konzerte 2014/2015 "The Beethoven Journey" mit dem Mahler Chamber Orchestra und Leif Ove Andsnes.**

Donnerstag, den 25.09.2014

- 09:00** Universität Hamburg, Von-Melle-Park 8, im Anna-Siemsen Hörsaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF)** ein Grußwort.
- 10:00** Tanzende Türme
Senator Frank Horch eröffnet das **Forum Mobilität beim Smart City Summit**.
- 11:00** Mazza (Orientalaal), Moorkamp 5
Senator Scheele spricht auf der **Veranstaltung „Nachbarschaft verbindet“** ein Grußwort.
- 11:00** Altonaer Museum, Museumstraße 23
Bürgermeister Olaf Scholz hält zur **Eröffnung des Fachsymposiums „Zukunft von Stadt & Quartier“ anlässlich des Jubiläums 25 Jahre steg Hamburg mbH** eine Rede.

Staatsrat Michael Sachs nimmt teil.
- 12:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Andreas Rieckhof spricht beim **Senatsempfang anlässlich 50 Jahre Amicale de Hambourg**.
- 12:30** UKE, Martinistraße 52, Campus Lehre, N 55
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Eröffnung der Jahrestagung der Gesellschaft für Medizinische Ausbildung (GMA)** ein Grußwort.
- 14:00** Luruper Hauptstraße 116
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **Richtfestes für das Neubauprojekt der Norddeutschen Baugenossenschaft eG NEUE LÜBECKER** ein Grußwort.
- 19:30** Cafe Seeterassen, St. Petersburger Str. 22
Senator Detlef Scheele nimmt anlässlich des **„Feiertags“ der Diakonie zum 50jährigen Jubiläum des Freiwilligen Sozialen Jahres** an einer Podiumsdiskussion teil.
- 19:30** CinemaxX am Dammtor, Dammtorstraße 1
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet das **Filmfest Hamburg** mit einem Grußwort.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nehmen teil.

Freitag, den 26.09.2014

- 10:00** Wälderhaus, Am Inselepark 19
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **ver.di Hamburg Logistikkonferenz** ein Grußwort.
- 10:30** Burg Seevetal, Am Göhlenbach 11, 21218 Seevetal
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich des **Festaktes zum 125jährigen Jubiläum des Harburger Deutschen Roten Kreuzes** ein Grußwort.

Senator Michael Neumann nimmt teil.
- 11:45** Auf der Wiese an der Hauptkirche St. Michaelis

Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **diesjährigen bundesweiten Fairen Woche zum Aktionstag „Banana Fairday“** ein Grußwort.

13:00

Anna Warburg Schule, Niendorfer Marktplatz 7a
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Fachtagung des Pestalozzi Fröbel Verbands „Qualität? Ja, bitte! Vor allem in der frühkindlichen Bildung“** ein Grußwort.

16:00

BSU, Konferenzzentrum
Staatsrat Holger Lange spricht anlässlich des **Türkisch-Deutschen Umwelttags in Hamburg** ein Grußwort.

17:00

Bugenhagen-Schule, Alsterdorfer Str. 506
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich des **Jubiläums zum 40-jährigen Bestehen des Werner-Otto-Instituts** ein Grußwort.

18:00

Bucerius Kunst Forum
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Eröffnung der Ausstellung „Pompeji. Götter, Mythen, Menschen“** teil.

19:15

Bahrenfelder Straße 92
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Wiedereröffnung der Moscheegemeinde Altona - Ulu Cami** - ein Grußwort.

Samstag, den 27.09.2014

10:00

Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet die **Junge Islam Konferenz Hamburg 2014** mit einem Grußwort.

11:30

Sportanlage Neusuhrenland 66
Senator Michael Neumann spricht bei der offiziellen **Eröffnung des BMX-Race-Tracks** ein Grußwort.

19:30

CinemaxX, Dammtorstraße
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung des „Douglas Sirk Preises“ an Fatih Akin.**

Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.

Sonntag, den 28.09.2014

18:30

Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet das **Hamburger Theater Festival** mit einem Grußwort und besucht die Aufführung „Die letzten Zeugen.“